



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

236 (2.6.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191591](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191591)

Infolge des morgigen Fronleichnam-Festtages erscheint die nächste Ausgabe unseres Mannheimer General-Anzeigers am Freitag zu gewohnter Stunde.

Aus Stadt und Land.

Die Gartenheim-Baugenossenschaft der Angestellten und Beamten Mannheim-Ludwigs-hafen, Sie Mannheim

Am letzten Donnerstag ihre ordentliche Hauptversammlung im Saale des Wiener Restaurants ab. Dem Bericht des Vorstandes für das Jahr 1919 ist zu entnehmen, daß die Genossenschaft von ihren für 1919 bereits beschlossene genehmigten 60 Ein- und Zweifamilienhäusern nur 11 in Angriff nehmen konnte, weil infolge der ungewöhnlich gestiegenen Baupreise die für 1919 von Reich, Staat und Gemeinde bereitgestellten Uebersteuerungszuschüsse bei weitem nicht ausreichten, um die ursprünglich vorgesehenen Bauvorhaben auszuführen. Außerdem fehlte es an Baukosten aller Art, so daß der Beschaffung letzter für die 11 Häuser die größten Schwierigkeiten zu überwinden waren. Die von Reich und Staat zur Bekämpfung der Wohnungsnot ergriffenen Maßnahmen haben sich bisher als vollkommen ungenügend und ungeeignet erwiesen, was zur Folge hatte, daß das Wohnungswesen sich von Monat zu Monat verschlimmerte. Die Genossenschaft wurde von zahlreichen Wohnungsuchenden, die noch nicht Genossen waren, beehrt. Sollte sie diesen Zuschüssen für baldige Ueberlassung von Wohnungen machen können, dann würde sich die Mietsüberzahl um das Mehrfache erhöht haben. Es muß aber betont werden, daß natürlich keine Genossenschaft neuen Mietsleuten Wohnungen zuweisen kann, ehe ältere Mietsleider befriedigt sind. Daher, ihr Angestellten und Beamten, je eher ihr Euch der Gartenheim-Baugenossenschaft anschließt, umso früher kommt ihr zu einem Eigenheim.

Im Berichtsjahre liegt die Mitgliederzahl von 134 auf 202. Diese besitzen 487 Geschäftsanteile. Das eingezahlte Geschäftskapital beläuft sich auf M. 119.234,85, die Halbjahressumme auf M. 245.500. Angewachsen ist die Mitgliederzahl auf 230. Nach Verteilung der Gewinne und Berücksichtigung der Bilanz ermittelte die Kommission des Aufsichtsrates den Prüfungsbericht, der zu Beanstandungen in der Geschäftsführung keinen Anlaß bot. Die Versammlung genehmigte darauf einstimmig die Bilanz und erteilte dem Vorstande und Aufsichtsrat Entlastung. Nachdem die Wahl der kommissionen ausgearbeiteten Mitglieder des Aufsichtsrates und Ergänzung derselben vorgenommen war, wurde auf Antrag des Vorstandes das Eintrittsgeld einstimmig auf M. 20 erhöht. In Angelegenheiten der immer schärfer werdenden Wohnungsnot nehm die Versammlung einstimmig folgende Entschlüsse, die an alle maßgebenden Stellen geschickt werden soll, an:

Die am 27. Mai 1920 im Saale des Wiener Restaurants tagende ordentliche Hauptversammlung der Gartenheim-Baugenossenschaft der Angestellten und Beamten Mannheim-Ludwigs-hafen, Sie Mannheim stellt nach dem Bericht des Vorstandes fest, daß die bisher von den Regierungen und sonstigen maßgebenden Behörden ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot sich als gänzlich ungenügend und ungeeignet erwiesen haben. Die von Reich zur Schaffung neuer Kleinwohnungen für 1920 in Aussicht gestellten 500 Millionen Mark genügen angesichts der unverminderten freisen Wohnungsnot weder nach dem Gesamtbeitrage noch nach den Einheitspreisen für die einzelnen Wohnungen. Es müßten vom Reich schleunigst wesentliche höhere Mittel zur Verfügung gestellt werden zu Bedingungen, die den neuerdings fast gänzlich fehlenden Baupreisen entsprechen. Bei Gewährung von Baudarlehen sind auch größere Wohnungen als 70 Qm., wenigstens bis zu 90 Qm. Wohnfläche zuzulassen, da erstere bei größeren Familien kaum den bescheidensten Ansprüchen, die vom gesundheitlichen Standpunkte gestellt werden müssen, genügen.

Die Leistungen der Gemeinden werden bei Erhöhung der Reichsbauarbeiten enorm hoch bleiben, wenn dem Wohnungsbedürfnis auch nur annähernd entsprochen werden soll. Die Ergebnisse einer einzelnen Mietsteuer müßten darnach den Gemeinden zugesandt werden. Wenn Mietssteuer und Baudarlehen nicht ebenfalls zu einer Verbilligung des Bauens führen sollen, müssen alle laienlichen Mittel zur Verbilligung der Bauausführung ergriffen werden; dazu gehören Verbilligung der Baufstoffe unter kräftiger Hilfe des Staates und der Gemeinden durch rüchliche Bekämpfung der Wucherer und Schieber und durch Förderung der Baustoffproduktion (Kleinstweine, Zement, Holz usw.) u. a. hervorzuheben Besetzung mit Brennstoffen und Verbilligung der Bauarbeit durch Betriebsmethoden. Soweit das Baugeschehen-Verfahren noch nicht eingebeut werden kann, ist für raschere Beilegung als bisher, seitens der maßgebenden Stellen zu sorgen. Endlich muß die Inangriffnahme einer großartigen Boden- und Wohnungspolitik von Reich, Staat und Gemeinden gefordert werden, sonst bleiben alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot nur Sühnwort.

Flachbau — Hochbau.

Zu dem in Ihrem geschätzten Blatte gebrachten Vergleich bitte folgende Erfahrungen aus der Gartenstadt zu veröffentlichen: Ich stelle Einfamilien-Reihenhäuser zum Vergleich, die 1918 erbaut und bezogen wurden. Die Miete für den Garten und

andere Nebenkosten sind in die Gesamtmieten eingerechnet. 2 Zimmer und Küche mit zusammen 47 Qm. reiner Wohnfläche kosteten bis vor kurzem monatlich M. 28,25; der Dm. Wohnfläche also 60 Pfennig, 3 Zimmer und Küche mit zusammen 58 Qm. reiner Wohnfläche monatlich M. 33,65; der Dm. Wohnfläche also 58 Pfennig. Gleichzeitig in Hochbauten erstellte Wohnungen kosteten 2 Zimmer und Küche monatlich M. 30.— bis M. 33.—, 3 Zimmer und Küche monatlich M. 45.— bis M. 50.—. Also bietet die Gartenstadt im Einfamilienhaus zum selben Mietpreis rund ein Zimmer mehr; statt 2 Zimmer und Küche 1. M. zu M. 32,50, 3 Zimmer und Küche zu M. 33,65. Die Haupt- Strochonanlage usw. auch verzinnt werden müssen, bleibt als Schluß nur übrig, daß die Baukosten niedriger sein müssen als die bei Hochbauten. Dies ist tatsächlich der Fall. Verschiedene früher durchgeführte Vergleiche aus eigener Praxis haben dies stets ergeben.

Die von Herrn Stadtrat Reidel angegebenen Baukosten für Hochbauten sind sehr niedrig. Betscheid ist eine Bauart mit besonderen Kleinrichtungen ebenfalls anzuwenden. Diese lassen sich aber für den Kleinstbau ebenfalls anwenden. Ja, es sind bei diesem weit mehr Möglichkeiten als beim Hochbau gegeben billig zu bauen, also auch heute alt der Sach, daß Flachbau billiger ist als Hochbau. Man muß nur alle Faktoren dafür richtig zusammenfassen. Die Bauzeit ist im Flachbau kürzer als im Hochbau, was nicht besonders erklärt zu werden braucht. Im Frieden konnte eine Hausgruppe, wenn alle Arbeiten richtig im Gange waren, 4—5 Monate nach dem ersten Spatenstich bezogen werden. Aus alledem geht hervor, daß durch Flachbau der Wohnungsnot billig und rasch abgeholfen werden kann.

Stenographisches Wettstreiten städtischer Beamter.

Das am 15. Mai abgehaltene Stenographische Wettstreiten städtischer Beamten hatte folgendes Ergebnis. Es erhielten:

- In Klasse VIII (5 Minuten à 200 Silben) einen zweiten Preis: Heinrich Klemann.
In Klasse VII (240 Silben) je einen ersten Preis: Karl Stolz und Friedrich Kröger.
In Klasse V (200 Silben) einen zweiten Preis: Th. Ziegler.
In Klasse III (150 Silben) je einen ersten Preis August Weller, Ernst Gröbke, Friedrich Schewe, Heinrich Wilder, Heinz Hillen-gott, Franz Wellenreuther, Heinrich Rothbach; einen zweiten Preis: August Morawitz.
In Klasse II (125 Silben) je einen ersten Preis: Rose Elisabeth, Karl Maier, Peter Bauer, Hans Haub, Ludwig Herrmann, Thomas Ocker, Eugen Scherer, Wilhelm Braun, Hugo Gröbner, Friedrich Weller, Karl Rieg, Sebastian Ewald, Rudolf Gradenstein, Karl Klein, Albert Wähl, Frida Versbach; je einen zweiten Preis: Fritz Krafft, Wilhelm Heit; einen dritten Preis: Heinrich Weibel.
In Klasse I (100 Silben) je einen ersten Preis: Emil Huber, Klara Maier, Franz Holzwarth, Josef Ebin. 3. Städt. je einen zweiten Preis: Fritz Müller, August Schreuer, Richard Walz, Otto Altmann.

Ernannt wurden Betriebsinspektor Karl Christian bei der Eisenbahn-Generaldirektion zum Hilfsreferenten mit der Amtsbezeichnung Oberbetriebsinspektor, die zweiten Beamten der Eisenbahn-Generaldirektion, Betriebsinspektoren Emil Dörner und August Kall mit der Amtsbezeichnung Oberbetriebsinspektor zu Inspektionsbeamten der Eisenbahn-Generaldirektion, Betriebsinspektor Georg Häfeler in Mannheim zum zweiten Beamten der Eisenbahnverwaltung, Generaldirektionssekretär Karl Reyer in Karlsruhe zum Betriebsinspektor, die Justizreferenten Konrad Geiger in Heidelberg, August Kramer in Karlsruhe, Georg Ott in Mannheim, Karl Böhm in Freiburg, Karl Schuder in Pforzheim und Anton Schneider in Offenburg zu Finanzreferenten unter Uebertragung der Amtsstelle eines Bürobeamten im Bezirksamt.

Verteilt wurde: Reallehrer Heinrich Finter von der Realschule in Koblitzell in gleicher Eigenschaft an die Realschule in Renningen, Verwaltungssekretär Wilhelm Damann beim Kreisfiskus in Heidelberg, die Finanzreferenten Reinhold Seiler in Mannheim zum Finanzamt Schwetzingen, Viktor Ubrigg in Eberbach zum Hauptsteueramt Eberbach, Otto Franz in Berrheim zum Hauptsteueramt Konstanz, Wilhelm Freundlich in Mannheim zum Finanzamt Berrheim und Heinrich Weber in Laubersheim zum Finanzamt Wosbach, Finanzamtmann Eugen Weihenberger in Wolfach zum Steuerkommissar Freiburg-Stadt, Finanzreferent Theodor Hauße in Waldshut zur Rechnungsstelle des Landesfinanzamtes und Justizreferent Theodor Andres beim Notariat Einsheim zum Amtsgericht Wosbach.

In den Ruhestand verteidigt wurden der Vorstand der Zentral-schulgesundheitsverwaltung in Karlsruhe, Oberrechnungsrat Heinrich Gangel und Bürovorsteher, Rechnungsrat Friedrich Schärer im Ministerium des Kultus und Unterrichts ihrem Ansuchen entsprechend und Baufeldreferent Hugo Schaller in Karlsruhe auf sein Ansuchen.

Altgläubiges, Die Evang. Kirchengemeinde hat den von der Kirchengemeinde Niederröthenen gewählten Pfarrverwalter Otto Reyer in Niederröthenen als Pfarrer in Niederröthenen bestätigt.

Uebertragung der Hundstaxe. Das Gesetz vom 21. Mai 1920 über die Uebertragung des Verwaltungsgebührengesetzes, nach dem

mit sofortiger Wirkung zu den im Verwaltungsgebührengesetz, sowie in anderen Gesetzen vorgegebenen Sätzen und Taxen Zuschläge von 200 v. H. erhoben werden, gilt auch für die Hundstaxe. Diese beträgt daher jetzt a) in Gemeinden von 4000 und weniger Einwohnern 24 M., b) in Gemeinden von über 4000 Einwohnern 48 M., c) bei einem Hundbesitzer, der in keiner dazugehörigen Gemeinde dauernden Aufenthalt hat, 24 M. Da, wo ein besonderer Gemeindegutszuschlag zur Hundstaxe erhoben wird, ist dieser Zuschlag durch das Uebertragungs-gesetz ebenfalls um 200 v. H. erhöht worden. Gemeindegutszuschläge zur Hundstaxe sind daher künftig in der dreifachen Höhe des bisherigen Betrags zu entrichten.

Der Brennholz-Berkehr. Die vom Ministerium des Innern seinerzeit erlassene Verordnung über den Verkehr mit Brennholz hat verschiedene Abänderungen und Zusätze erhalten. Neu wurde u. a. bestimmt, daß der freie An- und Verkauf, sowie der Tausch von Brennholz jeder Art badiischer Herkunft verboten ist. Eine neue Fassung erhielt der Absatz 3 des § 4, der nun lautet: Bereitet der Waldbesitzer in der vom Forstamt festgesetzten Frist das angeforderte Brennholz nicht auf, so kann das Forstamt auf Anordnung der Landesbrennholzstelle die Aufbereitung im Umfang der Auflage durch Dritte auf Kosten des Verpflichteten vornehmen lassen. Ein Absatz des § 7 erhielt folgende Fassung: Ueber das anfallende Brennholz darf der Waldbesitzer nur nach den Bestimmungen der Landesbrennholzstelle oder des Forstamtes verfügen. In weiteren Absätzen wird bestimmt, daß die Landesbrennholzstelle zur Deckung ihrer Verwaltungskosten bestimmte Gebühren erheben kann.

Steuerrückzahlung von Arbeitern. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: In einer Reihe von industriellen Betrieben konnte die Beobachtung gemacht werden, daß die Arbeiter bei der Arbeitern beginnt mit dem 1. April 1920 10% des Lohnes als vorläufige Einkommensteuer abgaben und zurückgaben. Diese Rückzahlung hat vielfach in Arbeiterkreisen Befremdung erregt. Ein Grund hierzu liegt jedoch nicht vor. Die von den betreffenden Arbeitgebern durchgeführte Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn ist lediglich zu früh in Angriff genommen worden. Mit Verordnung vom 21. Mai 1920 hat nunmehr der Reichsfinanzminister die entsprechenden Bestimmungen des Einkommensteuer-gesetzes vom 29. März 1920 auf den 25. Juni in Kraft gesetzt. Die von den Arbeitgebern bisher einbehaltenen Lohnabzüge zur Einkommensteuer werden den Arbeitnehmern selbstverständlich in angemessener Umrechnung als Steuerabzug und Leistung für die Zeit nach dem 25. Juni 1920, dem Termin des Inkrafttretens der gesetzlichen Bestimmungen über das Verfahren, gutgeschrieben. Von diesem Tage an werden sämtliche Arbeitgeber verpflichtet sein, die dem Arbeiter zu leisten des Arbeitnehmer als vorläufige Einkommensteuer einzubehalten und für diesen Betrag in die Steuerkarte des Arbeitnehmers Marken zu kleben. Die in dieser Karte klebenden Marken kann der Arbeitnehmer unter Abgabe der entsprechenden Teile der Steuerkarte auf die von ihm zu entrichtende Einkommensteuer an Zahlungsstatt abgeben. Dieses Verfahren, das wegen der Einrichtung der Steuer in kleinen Beträgen anstelle der vierteljährlichen Zahlung einer größeren Steuersumme wohl allgemein als zweckmäßig empfunden werden wird, findet im übrigen nicht nur auf die Arbeiter, sondern auch auf alle Beamten, Angestellte, überhaupt Gehaltseinkönder Anwendung.

Fronleichnam. Am Donnerstag nach dem Dreifaltigkeitssonntage wird das Fronleichnamfest in der katholischen Kirche gefeiert. Fronleichnam bedeutet Danksagung. Der lateinische Name des Festes heißt darum festum corporis Christi. Fronleichnam ist ein Fest zur Guldigung für das Sakrament des Altars. Es wird im Gegensatz zu der Feier des Gründonnerstags mit einer Prozession begangen. Am ersten Male wurde Fronleichnam 1214 in der Diözese Brixen gefeiert. Die Kunde von Brixen ordnete das Fronleichnamfest für die ganze abendländische Kirche an. Das Fest Offizium ist von Thomas von Aquin verfaßt. In Mittelalter führte man Fronleichnamspiele auf. In Mannheim ist wie mitgeteilt, die Prozession seit 1914 zum ersten Male wieder öffentlich.

Abreise der Wiener Kinder. Die letzten 300 Wiener Kinder haben am Montag Baden wieder verlassen. In den frühen Morgenstunden trafen die Kinder, die in Buhl, Baden-Baden, Oberkirch, Koblitzell, Karlsruhe, den Saarorten usw. untergebracht gewesen waren, auf dem Karlsruhe Bahnhofs ein. Die kleinen Wiener waren durchweg gut erholt und in frohlicher Stimmung. Der sie vor vier Monaten bei ihrer Ankunft gezeichnete, dem heute heute noch einmal deutlich vor Augen geführt, welchen Segen die badiische Bevölkerung dadurch gestiftet hat, daß sie die damals zum großen Teil halbverhungerten Kinder bei sich aufnahm und von ihnen ja gewiß auch nicht beträchtlichen Vorkosten mit hat gehen lassen. Um 10 Uhr verließ der Sonderzug, den die Doctoren Direktor Rechen und Sekretär Hebeisen bis Wien und eine große Anzahl Helferrinnen vom Roten Kreuz bis München begleiteten, den

Wohin sind wir geraten?
Noch nicht genug des Lebens?
Auch noch Katerfratze und
böllige Unterang?
Nein!
Für eine Rettung:
Bürgerlich wählen!

Fronleichnam.

Von Rud. J. Steimer.

Unsere Zeit sieht die Demonstrationen. Zehn Tage nach Pfingsten verläßt auch die katholische Kirche ihre Kapellen, Kirchen und Dome und beansprucht das moderne Recht auf die Straße. Freilich nur dort, wo es die Schlichtung der konfessionellen Verhältnisse gestattet. Am Donnerstag nach Trinitatis ist Fronleichnam, das Demonstrationstest der katholischen Kirche, das Fest ihres höchsten und zugleich höchsten Geheimnisses, die Erinnerungsfest an jenes erste Abendmahl, da der Herr Brot und Wein in sein Fleisch und Blut verwandelte. Es ist ein hoher Festtag der katholischen Christenheit, in unserm patriarchalen Staat mit evangelischer Weisheit mit ein allgemeiner, es ist aber ein durch allen Glanz höchster Kirchenfeste so auffallender, daß auch die Nichtkatholiken dem Tage ihr Interesse zuwenden. Die katholische Kirche hat ihren freudentzückten Gedanktag aus dem düstern Ernste der Karwoche mitten hinein in die sommerliche Hitze und Schönheit verschoben, um an dem Tage ihr höchstes Gut in der Monstanz aus dem geheimnisvollen Dämmern der Kirchen hinauszuführen auf Straßen und Plätze der Städte, auf Wege und Fluren des Landes. Wenn sie dazu all ihre Pracht entfaltet, wenn die bunten, bildergeschmückten Fahnen wehen, die vielfältigen geistlichen Trachten, unermittelt mit dem Ernste der Ordenskleider das Bild des Borgezeuges beleben, die blumengeschmückte Jugend singend und betend fromme Wehrzeichen und symbolische Bildnisse trägt, wenn das Volk vor dem ländernden Klang der Glöckchen der rauschschwingenden Chorknaben andachtsvoll in die Anie sinkt und der goldige Strom der Sonne die Monstanz überzieht, dann fragt sich gewiß auch der Nichtkatholik nach Bedeutung und Entstehung der Feier. Die Demonstration des katholischen Volkes, dieses öffentliche Bekenntnis zum heiligen Beisatz des Herrn ist schon fast acht Jahrhunderte alt, ihre Anfänge gehören der Legende an. Die baltische Aktiolen-nome Juliana soll eine Vision gehabt haben, die ihr die öffentliche Feiern, die theoprophetische Prozession zum Gebot machte. Und in den Niederlanden habe sich die rasch vollständig geworden „Gottes-tacht“ seit 1246 bereits stark verbreitet, als Papst Urban IV., der frühere Archidiazon in Lüttich, das Fest 1264 allgemein einführte. Auf dem Konzil von Vienne 1311 wurde es dann von Papst Clemens V. zu seiner besonderen Bedeutung erhoben. Seinem Ge-memineren als Thomas von Aquin verdankt die katholische Kirche die Verfasserschaft des Festoffiziums. Selber wurde das Fest immer mehr zu einem heiligen Erbe und in den verschiedenen deutschen Landesteilen und im katholischen Ausland mit allerlei Volksbräuchen umgeben. Erwähnt sei mir, daß der Fronleichnamstag wie die anderen hohen Kirchenfeste vielfach Anlaß zu den geistlichen Spielen

gab, in denen die Schöpfung bis zum jüngsten Gericht symbolischen Ausdruck fand. So ist in diesem Zusammenhang besonders auf Calderons geistliche Dichtungen zu verweisen. Welsch fand die Prozession am Fronleichnamstage auch zu Schiffe statt; bekannt ist die Ruffelmer Gottesfahrt am Rhein. In Süddeutschland, wo besonders München durch die Teilnahme des Hofes glänzende Bilder sah, pflegen es heute noch die wenigen, noch übrig gebliebenen Bürgerwehren als Ehrenpflicht zu betrachten, am „Herrgottsabend“ in ihren altfränkischen Uniformen eine Ehrenwache zu bilden, was ihnen in Baden den Ehrentiteln „Herrgottsoldaten“ eingetragen hat.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Core Busch ist, wie wir bereits melden konnten, auch in der kommenden Spielzeit noch unser. Die Theaterkommission hat die Künstlerin von ihrem Vertrag, den sie vor der Zeit zu lösen wünschte, um nach Wien zu gehen, nicht entbunden. Bei der großen Beliebtheit, der sich Core Busch beim Mannheimer Publikum erfreut, wird ihr sicherlich auch das fernere Wirken an unserem Nationaltheater befristung gewöhren.

Das der Kunstschule. Am Fronleichnam (Donnerstag, den 3. Juni) bleibt die Kunstschule geschlossen.

Badische Kunstnachrichten.

Freiburger Festspiele. Mit dieser Woche beginnen die zur Feier des 800jährigen Stadtjubiläums geplanten Festspiele des Stadttheaters. Den Auftakt bilden als erster Abend die beiden Komikerwerke: „Die Entführung aus dem Serail“ und „Baillet und Beklemme“. Die Festspiele finden während der Monate Juni und Juli unter Mitwirkung von erstklassigen Gästen statt. Unter anderem werden der „Ring der Nibelungen“ von R. Wagner, „Die Wälschlinger von Nürnberg“, „Tristan und Isolde“, „Barisän“, sowie von Beethoven „Fidelio“ zur Aufführung gelangen. Genaue Voranzeigen werden die einzelnen Aufführungstermine rechtzeitig bekannt geben.

Kleine Mitteilungen.

Die Frankfurter Intendantenfrage. Der frühere Stuttgarter Generalintendant Dr. Ullrich hat den Antrag, die Generalintendant der Frankfurter städtischen Bühnen anzunehmen, abgelehnt. Er hat dafür das Amt des ersten Präsidenten des deutschen Bühnenvereins, das schon in eine beifolgende Stellung umgewandelt wurde, angenommen. In Frankfurt a. M. war im letzten Augenblick gegen die Berufung des Herrn v. Ullrich über-gangs auch sehr heftige Opposition entstanden. Sie fand ihren Ausdruck in der „Frankfurter Zeitung“. Die ausführliche, daß Herr

v. Ullrich für den schwierigen Frankfurter Posten zu alt sei, und daß er sich in Stuttgart mehr als gefälliger Postintendant erwiesen hat, dem als schaffender Künstler. Der Vorschlag der „Frankfurter Zeitung“ geht dahin, für Oper und Schauspiel zunächst aus dem bisherigen Personal leistungsfähige Kräfte zu entnehmen und ihnen einen tüchtigen Verwaltungsbeamten an die Seite zu stellen. Es scheint, daß nunmehr die Ausschüsse für den bisherigen Ober-regisseur Viktor Hartung, Schauspielintendant zu werden, bedeutend verbessert sind. Es hieß bekanntlich, daß Herr Hartung in Berlin die Leitung des Spieltheaters übernehmen sollte, da aber die Pläne für diese Bühne noch auf sehr schwachen Füßen stehen, dürfte er noch für Frankfurt zu haben sein.

Der Oberbayerische Geologische Verein hielt vor kurzem seine Jahresversammlung in München ab. Der bisherige Vorstand trat nach zwölfjähriger erfolgreicher Tätigkeit zurück. Die Wahl fiel auf folgende Personen: Geheimrat Prof. Dr. Salomon in Heidelberg (Vorsitzender), Landesgeologe Dr. M. Bräuhäuser in Stuttgart (Schriftführer) und Rechnungsrat Feisel in Stuttgart (Schatzmeister). Geschieden sind Prof. Dr. Bauer, Prof. Dr. Höberle und Dr. Busch. Die nächste Jahresversammlung, mit der wieder wissenschaftliche Ausflüge verbunden sein werden, soll in einem leicht erreichbaren, noch nicht bestimmten Ort Nord-württembergs stattfinden. Der neunte Band der Jahresberichte und Mitteilungen des Vereines ist erschienen. Er enthält eine Reihe von Beiträgen zur Geologie von Süddeutschland mit Abbildungen und Karten.

Kleines Feuilleton.

Die Chinesen reformieren ihre Schrift. Nach einem bekannten Ausspruch soll nur eine noch schwerer sein als Chinesisch sprechen nämlich Chinesisch schreiben, und das ist nicht veränderlich, wenn man dies, daß die chinesische Schrift aber eine Anzahl von 40.000 bis 80.000 verschiedenen Schriftzeichen verfügt. Daß diese ungeheure Buchstabenmenge nicht nur dem Fremdling den Zugang zu dem chinesischen Schrifttum erschwert, sondern auch einem großen Teil der Chinesen selbst die Kunst des Schreibens unmöglich macht, hebt jetzt auch die Regierung des Reiches der Mitte ein, und sie hat, wie im „Reisen Orient“ mitgeteilt wird, beschloßen, in verschiedenen Schulen an Stelle der alten chinesischen Schrift ein modernes phonetisches System einzuführen. Zwar waren solche Versuche, besonders von Missionaren, schon oft unternommen worden, aber diese Versuche waren natürlich nicht imstande, die laienhaftigen „Völker“ der chinesischen Schrift niederzulegen. Nunmehr aber nehmen sich die Behörden der Regierens an, und auch die chinesische Regierens soll der Weg ein regeres Interesse entgegenbringen. Nach der neuen Reform wird die immense der alten chinesischen Schriftzeichen durch 30 Buchstaben ersetzt, von denen 24 Konsonanten, 3 Vokale, und 3 Zeichen sind. Diese neuen Schriftzeichen sollen in ihrer Schreibart wie in ihrer Aussprache dem chinesischen Volk soform geläufig sein, und so hofft man auf einen raschen Fortschritt der Bewegung.

Dampfbetrieb. Man würde doch manches Kinderauge feucht über...

Aus Alt-Mannheims Geschichte. Aus unserm Bezirksteile...

Ausstellung des Modells eines Schiffe-Lanz-Kanals. Der Luftfahrtaubau...

Der Hauptwochenmarkt. Der infolge des morgigen Fronleichnamstages...

Unrecht. Die Weiwiler in der Nacht zum Sonntag haben...

Polizeibericht vom 2. Juni. Beizenlindung. Die Beize des im Polizeibericht vom...

Parteinachrichten.

Deutsche (liberale) Volkspartei. Der Bezirksverein Sandhofen-Scharhof hielt im...

Vereinsnachrichten.

Blindenheim Mannheim. Dem 15. Jahresbericht entnehmen wir folgendes...

Bei den Wahlen heißt es: National oder international. Aufbau oder Untergang.

litten, sich aber doch noch und noch wieder gehoben, jedoch der...

Spielplan des National-Theaters. Neues Theater. Juni. Vorstellung. Datum.

Mannheimer Strafkammer.

Ein Kommunist eigener Prägung ist der Anton Leinhardt aus...

Kommunales.

H. Schriesheim, 31. Mai. In der am 28. Mai stattgefundenen...

Aus dem Lande.

Heidelberg, 1. Juni. Aus vernehmlicher Liebe verlor sich...

Dr. Schuster. Die letzten Griffe des Senatsorgans widmet dem...

Sportliche Rundschau.

Der Pöfel von Süddeutschland. Um Abwechslung in die anstrengenden Besessenspiele zu bringen...

Herdelpost.

Herr N. Daniel hat durch den Sieg von „Einheitsler“ im Jubiläum...

Berlin-Post.

Berlin-Toppogarten-Gewinnliste. 1. Juni. Marmor-Kennen...

Duffelhof.

Ein neuer Höhenmeter hat die Amerikaner in San Antonio (Texas) auf...

Fußball.

Berlin-Fußballspieler. Der Deutsche Fußball-Bund wird sich...

Rugby.

Die Fußballspieler des Deutschen Rugby-Fußball-Bundes...

Leichtathletik.

Nationale Leichtathletik Weltkampfe in Berlin. Am 30. April...

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

WTD Berlin, 1. Juni. In der Vormittagsziehung hielten...

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juni.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juni. Regenstation vom Rhein. Datum.

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

Unbefogter Hochdruck wird gerichtlich verfolgt.

Witterungsbericht.

Witterungsbericht. Datum. Temperatur. Wind.

Mannheimer Frauen-Zeitung

Die Frauen und der neue Reichstag.

Von Marie Stritt.

Die erste Reichstagswahl, an der das ganze deutsche Volk beteiligt, bei der das „allgemeine“ Wahlrecht keine Fiktion mehr sein wird, steht vor der Tür. Daß die Frauen aller Bevölkerungstriebe als überwiegende Mehrheit der Wähler daran ebenso unmittelbar interessiert sind wie ihre männlichen Volksgenossen, erscheint heute schon, nach kaum anderthalb Jahren des Frauenstimmrechts in Deutschland, jedermann selbstverständlich, ja man scheint es schon beinahe vergessen zu haben, daß es auch einmal anders war. So ist denn auch für die Frauen selbst die Situation diesmal eine andere geworden als vor anderthalb Jahren, sie bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Landes- und Stadtparlamenten sozusagen ihre politische Feuerprobe zu bestehen hatten. Galt es damals zunächst, überhaupt das politische Interesse der Frauenmassen zu wecken und sie zur Ausübung ihrer Bürgerpflicht an die ihrer persönlichen Ueberzeugung entsprechenden politischen Parteien zu verweisen, sie diesen erst gewissermaßen zuzuführen, so ist das heute kaum mehr, jedenfalls nicht mehr in erster Linie nötig. Die weiblichen Wähler haben gleich den männlichen meist eine „passende Unterkenntnis“ gefunden, sowohl als organisierte Mitglieder wie — in der ungewohnten Mehrheit — als bloß Zugehörige der verschiedenen Parteien, wobei natürlich so wenig wie bei den männlichen Wählern untersucht werden soll, ob in jedem Einzelfall die unerschütterliche eigene Ueberzeugung der Betroffenen oder andere, äußere Einflüsse maßgebend waren. Über „Witze“, die nicht wissen, wozu sie politisch gehören, gibt es auch unter den Frauen verhältnismäßig wenige.

Wie weit diese veränderte, durch den natürlichen Lauf der Dinge geschaffene Sachlage die Stellung der Frauen innerhalb der Parteien gefördert oder geschwächt hat, dürfte noch nicht allgemein festzustellen und je nach örtlichen oder persönlichen Verhältnissen sehr verschieden sein. Jedenfalls fällt jetzt, nachdem der Sturmlauf um die neuen Wählermassen nicht mehr nötig scheint, für viele Parteiorganisationen auch die unmittelbare Veranlassung fort, jene durch eine ernsthafte Berücksichtigung auf den Kandidatenlisten für die Partei zu gewinnen. Man glaubt, der Mühe sei schon überhoben zu sein. Die Frauen werden daher vielfach ihrerseits genötigt sein, ihre gerechten Ansprüche in dieser Beziehung etwas nachlässiger als vor anderthalb Jahren geltend zu machen — schon im Hinblick darauf, daß ihre Situation auch insoweit eine andere geworden ist, als diesmal hochwichtige Frauenfragen zur endgültigen Entscheidung kommen werden. Es war neben der Erledigung der traurigen Friedensverhandlungen und -bedingungen und der brennendsten inner- und außerpolitischen, allgemein sozialen und wirtschaftlichen Fragen die Hauptaufgabe der Nationalversammlung, dem deutschen Volk eine Verfassung, die freieste Verfassung der Welt, zu schaffen. Dabei kamen eigentliche Frauenfragen wenig in Betracht und nur ausnahmsweise gelegentlich zur Besprechung. Von diesem ersten Reichstag haben die deutschen Frauen aber zu erwarten, daß er wenigstens zu einem Teile erfüllt, was ihnen die Verfassung in allgemeinen Richtlinien versprochen und im Prinzip zuerkannt hat. Wohl mußte ihnen die grundsätzliche Anerkennung ihrer gesetzlichen, wirtschaftlichen, politischen Gleichberechtigung eine freudige Genugung für manche bittere Enttäuschung der Vergangenheit sein: Verheißungen sind aber noch nicht Erfüllung, Richtlinien sind noch nicht Gesetze. Erst wenn wir ihre gesetzliche Festlegung schwarz auf weiß besitzen, können wir die großen prinzipiellen Errungenschaften der Verfassung getrost nach Hause tragen. Erst dann werden die Schranken wirklich gefallen sein, die die Frau als Gallin und Mutter, als Berufsfrau und Staatsbürgerin heute noch — trotz des Stimmrechts — von allen Seiten umgeben und einengen. Diese Festlegung durch entsprechende Gesetze wird nun eine Aufgabe des neuen Reichstags sein.

Wenn auch natürlich nicht alle Forderungen, die die deutschen Frauen auf Grund des Satzes „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich“ noch zu stellen haben, schon bei dieser Gelegenheit erfüllt werden können, so sind doch bereits eine Reihe von Gesetzesvorlagen angekündigt bzw. in Vorbereitung, die von größter Bedeutung und Tragweite für uns sind. Andere Forderungen dazu sind in diesen Blättern schon seit Jahrzehnten, zum Teil eingehend und von berufener Seite auch in allerletzter Zeit, dargelegt worden; es soll daher hier nur kurz auf die verschiedenen Rechtsgebiete hingewiesen werden.

Die größte, weil die-Gesamtheit der Frauen betreffende prinzipielle Errungenschaft, hat uns der Artikel 119 der Verfassung gebracht: „Die Ehe beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter“. Aus ihm ergibt sich die Notwendigkeit einer völligen Umgestaltung des mit dieser Gleichberechtigung im schroffen Widerspruch stehenden Familienrechts unseres B.G.B. In der Erkenntnis, daß dessen Bestimmungen weder mit der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Frauen, noch mit dem allgemeinen Kulturniveau im Einklang stehen, daß sie vielmehr eine durch nichts mehr zu rechtfertigende Schädigung und Entwürdigung der Frau als Gallin und Mutter darstellen, ist die organisierte Frauenbewegung aller Richtungen bekanntlich seit mehr als einem Vierteljahrhundert mit allem Nachdruck für die Forderungen eingetreten. Aufhebung des gesetzlichen Entschlags, Erteilung der ehekräftigen Gewalt an die Mutter, in Gemeinschaft mit dem Vater und in gleichem Umfang, wie sie ihm zusteht. Man hat sich an maßgebender Stelle bisher immer hartnäckig gezeigt und uns im besten Fall auf eine irgend einmal zu erwartende Revision des B.G.B. vertrieben. Diese Revision steht nun bevor, und im Sinn der neuen Verfassung, die von einer neuen, höheren Auffassung des ehelichen Verhältnisses Zeugnis ablegt, ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß man unseren Wünschen diesmal gerecht werden und uns im vollen Umfang zustimmen wird, was man uns vor 24 Jahren schuldig geblieben ist.

Das gleiche hoffen wir mit Zuversicht in bezug auf eine Forderung, die die organisierte Frauenbewegung ebenfalls seit Jahrzehnten gegen ein anderes Gebiet des B. G. B. erhoben hat — gegen die ganz unzulässige Regelung der gesetzlichen Stellung der unehelichen Kinder. Auch für dieses traurige Gebiet ist in der Verfassung die Grundlage für eine zeitgemäße Reform durch die Bestimmungen geschaffen, daß „Mutterchaft (ohne Unterscheidung zwischen ehelicher oder unehelicher) Anspruch auf den Schutz und die

Fürsorge des Staates hat“, und ferner, daß „den unehelichen Kindern durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen sind, wie den ehelichen“. Zudem liegt auch bereits ein Beschluß der Nationalversammlung vor, daß eine baldige gesetzliche Regelung dieser Materie erfolgen müsse.

Man darf gespannt sein, wie unter den völlig veränderten politischen und sozialen Verhältnissen der Entwurf des neuen Strafrechtbuchs, mit dem sich der erste Reichstag ebenfalls zu beschäftigen haben wird, nunmehr aussieht — d. h. wie weit er den Forderungen gerecht wird, die die Frauen, ebenfalls schon seit Jahrzehnten, im eigenen wie im Interesse der Volkswohlfahrt auf diesem Gebiet erhoben haben. Der bereits 1909 veröffentlichte Vorentwurf erfüllte bekanntlich diese Forderungen nur zum allerkleinsten Teile; ein etwas später erscheinender, von den bedeutendsten Strafrechtslehrern herausgegebener Gegenentwurf kam ihnen jedoch in erfreulicher Weise entgegen, so u. a. in bezug auf die Sittlichkeitsdelikte (Nacht, Arbeitgeberparagraf, Kuppelei, Mädchenhandel), Schutz der Schwangeren, Kindesmißhandlung und Abtreibung, Mißhandlung Weiblicher, Abschaffung des Antragsrechtes des Ehemannes bei Beleidigung der Frau, ärztliche Schweigepflicht, strafrechtliche Behandlung Jugendlicher und vermindert Zurechnungsfähiger, bedingte Strafvollstreckung usw. Einige der wichtigsten Punkte ließ allerdings auch der Gegenentwurf noch unberücksichtigt, so vor allem die Forderung der Abschaffung des vielgenannten § 361, der die gesetzliche Grundlage der Reglementierung der Prostitution bildet und das schmachvollste Ausnahmengesetz gegen die Frauen darstellt. Dem neuen Gesetz, der sich endlich auch auf diesem dunklen Gebiet Bahn gebrochen hat, trägt nun der neue Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Rechnung, den vor einigen Wochen der Reichsminister des Innern dem Reichstag vorgelegt hat, in welchem die Abschaffung der Reglementierung und Erlass der bisherigen gesundheitlich unwirksamen und moralisch verwerflichen polizeilichen Zwangsmaßnahmen durch weitgehende sanitäre und erzieherische Vorkehrungen vorgesehen ist. Mit dem in jeder Beziehung gescheiterten Sollam muß natürlich auch dessen strafrechtliche Grundlage fallen.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung des Gerichtsverfahrens kommt ebenfalls einer alten Frauenforderung entgegen, indem er nicht nur die Zulassung der Frauen zum Volontärsamt, als Schöffen und Geschworenen, vorsieht, sondern ihre Zuziehung in allen Fällen, in denen Frauen angeklagt sind, ausdrücklich verlangt. Bei aller vorsichtigen Einschränkung des gefährlichen Frauen-

Die Frau die zu Hause bleibt ...

Am 6. Juni wird der deutsche Reichstag gewählt, der während vier Jahren über die politischen Geschicke unseres Vaterlandes zu entscheiden hat. Wie stark politische Entscheidungen in das Leben des einzelnen eingreifen, haben die deutschen Frauen seit 1914 oft gespürt. Deshalb dürfen sie nicht beseitigt werden, sondern müssen am 6. Juni wählen. Es gibt keine Möglichkeit, am Wahltag die politische Entscheidung zu vermeiden. Die Frau, die zu Hause bleibt, bleibt nicht etwa neutral. Wählt sie nicht, so schwächt sie die Partei, die ihre Weltanschauung, ihre Interessen und die ihrer Familie vertritt, und unterstützt damit ihre Gegner.

Einfluss bedeutet das einen außerordentlichen Fortschritt, wenn man bedenkt, daß bis jetzt schon die entfernteste Möglichkeit, daß Frauen etwa mit richterlichen Funktionen betraut werden könnten, den hartnäckigsten Widerstand selbst in sonst fortschrittlichen und radikalen Kreisen hervorrief. Trotzdem stellt der Entwurf in der Beschränkung der weiblichen Volontärin auf weibliche Angestellte immer noch ein Ausnahmengesetz für die Frauen dar, das mit der Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz nicht im Einklang steht. Doch und warum wir auch im Interesse der Allgemeinheit weitergehende Forderungen erheben müssen, hat Camilla Jellinek eingehend dargelegt.

Nach brennender als die hier gestreiften Rechtsfragen im engeren Sinne sind gegenwärtig die Frauenerwerbs- und Berufsfragen, deren sorgfältigste Berücksichtigung wir vom neuen Reichstag erwarten müssen, wenn die Beziehungen der Verfassung kein leerer Schall bleiben sollen. Steht doch, was wir in dieser Beziehung besonders im Laufe des letzten Jahres an Konkurrenzschutz und Arbeit, an Berufsausbildung und Entredung der Frauen erleben mußten, alles bisher Erlebte weit in den Schatten. Die infolge der überstürzten Demobilisierung getroffenen Maßnahmen stehen in schroffem Widerspruch mit dem Art. 163 der Verfassung, wonach „jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden soll, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben“, die ungleiche Behandlung der männlichen und weiblichen Beamten im Beamtenbesoldungsgesetz erscheint fast wie ein Hohn auf Artikel 128, in dem es heißt: „Alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.“

Gewiß sind es ungeheurer Schwierige Probleme, deren alle Teile befriedigende Lösung in dem gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Chaos so gut wie unmöglich ist. Ebenso gewiß ist aber, daß es — abgesehen von der ethischen Unhaltbarkeit des Prinzips, die Lösung auch hier wieder auf Kosten der Frauen zu suchen — auch in volkswirtschaftlicher Beziehung letzten Endes dem Volke ganz und gar unangehener Schaden gereichen muß, wenn so große und unentbehrliche Teile, wie sie heute die weiblichen Berufstätigen auf allen Gebieten darstellen, in ihrer Erwerbsmöglichkeit und damit in ihrer Leistungsfähigkeit unterdrückt und niedergehalten werden in einer Zeit, die der vollen Kräfte aller Volksgenossen zum Wiederaufbau bedarf. Von den ungeheueren sittlichen Gefahren, die für das weibliche Geschlecht und dadurch auch für das Volksganze durch ein rückwärtsgerichtetes Hinandrängen auf die Strafe, d. h. in ungezählten Fällen der Prostitution in die Arme, entstehen müssen, gar nicht zu reden.

Diese bedeutsamsten wirtschaftlichen und sozialen Frauenfragen sind nicht parteipolitische, sondern allgemeine Kulturfragen von höchster Bedeutung. Man darf daher erwarten, daß die männlichen Volksvertreter aller Parteien — der weiblichen darf man wohl von vornherein sicher sein — sie auch aus diesem Gesichtspunkt behandeln und ihnen die nötige Kulturpflicht und Kulturverantwortlichkeit entgegenbringen werden. Wohl stehen in der gegenwärtigen schweren Not des Vater-

landes andere, im Augenblick noch schwerer wiegende Fragen von höchster Bedeutung für das gesamte Volkswohl im Vordergrund, die im Reichstag zur Beratung und Entscheidung kommen werden.

Auch deutsche Frauen werden wieder berufen sein — wir hoffen, in beträchtlicher Zahl — dabei mitzuberaten und zu entscheiden. Schon um ihrem Willen müßte es als eine Ehrenpflicht betrachtet werden, dahin zu wirken, daß sie diese höchsten Aufgaben als vollberechtigte, durch keinerlei Ausnahmengesetze als Bürger minderen Rechts abgestempelte Volksvertreter ausüben können — im Sinne der Verfassung und ihres ererbten Grundgesetzes: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich!“

Die zweite deutsche Nationalversammlung.

Von Clara Wendt, M. d. R.

Am 6. Februar 1919 mit großen Erwartungen eröffnet, erhoffte das deutsche Volk von ihrer Arbeit eine Gesundung seiner zerrütteten Zustände; am 21. Mai 1920 mit einem parlamentarischen Trauerspiel — Beschlußunfähigkeit — geschlossen sieht das deutsche Volk an dem Grabe seiner Hoffnungen. Die Gesundung ist nicht gekommen. Herr Ebert, damals Volksbeauftragter, doch nur beauftragt von einem kleinen Teil des Volkes, einer Partei, hat sie in Weimar mit einer mit Phrasen- und Zitaten überhäuften Rede eingeleitet, heute als gewählter Reichspräsident aber immer noch in erster Linie Genosse geblieben, hat sie Ebert mit einem ähnlichen Elaborat geschlossen. Mit diesen wenigen Worten kann ein unfreundlicher Geschichtsschreiber die Nationalversammlung in einem historischen Ueberblick abtun. Ein freundlicher Redner wird noch hinzufügen, daß sie dem deutschen Volke eine Verfassung gegeben und den Frieden gebracht hat — leider den Frieden von Versailles. Die beiden Dokumente sind fennenswert für jeden Deutschen, die Verfassung ist ein Schulbeispiel für die Parteiregierung und den zur Karikatur gewordenen Parlamentarismus in unserem Volk; das Friedensdokument von Versailles ist ein schmerzhaftes Zeugnis von der Unkenntnis fremder Völker und deren Psyche von Seiten unserer augenblicklichen Staatsmänner, von denen Lloyd George sagt, sie scheinen nicht über das Maß der Mittelmäßigkeit hinauszukommen, ein hartes, aber wie man wohl anerkennen muß, ein gerechtes Urteil.

Bergessen wir nicht die Anzahl der Gesetze, die die Nationalversammlung noch fabriziert hat, allem voran die Erbschaftsteuer-Gesetze.

Dem allen standen wir Frauen als Reuige gegenüber, und wir kommen hinein in das parlamentarische Getriebe mit Stolz im Herzen, daß wir auserwählt sein sollten, mit Geschichte zu machen sowie mit dem Gefühl der großen Verantwortung, ob wir auch der Größe unserer Aufgabe gewachsen sein werden. Der Stolz ist verschwunden, die Verhandlungen standen oft auf einem Tiefstand, daß man sich schämen mußte, in diesem streitenden, schreienden, tobenden Hausen die Auserwählten des deutschen Volkes zu sehen.

Schlimm war es, wenn die Sozialdemokraten beider Richtungen und die Demokraten mit der Rechten abredeten und dabei eigentlich nur von alten, längst erledigten Geschichten sprachen, die weder besser noch schlechter, vor allem aber nicht ungeschehen gemacht werden können durch die längsten Reden der Genossen und ihres Anhängels. Die Politik wird in Deutschland mit so viel Gefühl und so wenig Verstand gemacht, im geraden Gegensatz zu England, jenem Land, das doch unsern demokratischen Schwärmern als Ideal vor-schwabte, von dem sie aber nur ühere Eindrücke aber nicht den politischen Geist, der diese Einrichtungen beleben muß, mit übernommen haben.

Schlimmer war es, wenn bei allen kulturellen Fragen hinter den Kulissen Schacher getrieben wurde, die die Mehrheitsparteien verhandelten, als ob keine Minderheitsparteien da wären, die hinter sich auch einen Teil des deutschen Volkes haben. Wie konnten gerade die Sozialdemokraten und die alten Freisinnigen im ehemaligen deutschen Staat aufbegehren gegen die Vergewaltigung der Minderheiten. Ist es darum besser, daß die heutige Minderheit auf der anderen Seite ist? Ein Fehler ist darum immer noch ein Fehler, auch wenn er von denen begangen wird, die ihn vorher getadelt haben.

Am schlimmsten war es bei der Behandlung nationaler Fragen. Wenn einem Traub, der nur einen schwächlichen mißlungenen Versuch gemacht hat, die jetzige Parteiregierung zu stürzen, der Schutz der Immunität verweigert wird, und wenn ein Braß, der mit der Entente verhandelt hat, ihr Papiere ausliefert, die er der eigenen Regierung vorenthalten hat, weiter unbehelligt bleibt. Niederdrückend war es in der vorletzten Sitzung Frau Zieg zu hören, mit welchem mangelnden Respekt und Volksempfinden diese Frau den ehelichen Zuständen im besetzten Gebiet gegenüber sieht. Nicht ein einziges Mal ist in nationalen Fragen die deutsche Nationalversammlung ganz einig, ganz geschlossen gewesen. Das haben wir Frauen nicht verstanden, daß eine Nationalversammlung so wenig national sein konnte.

Was haben wir sonst mitgenommen von der ersten Etappe unserer parlamentarischen Betätigung? Einmal die Erfahrung, daß wir Frauen in der Mehrzahl unsere Pflichten mit größter Gewissenhaftigkeit erfüllt haben, daß wir mit weiser Zurückhaltung uns erst eingelebt haben in all das Neue, erst lernen wollten, ehe wir uns auf die Rednertribüne begeben. Dann aber, daß wir nicht so ängstlich zu sein brauchen vor der politisch-parlamentarischen Ueberlegenheit des Mannes, der uns an Erfahrungen um Jahrzehnte voraus ist oder sein sollte. Wir sind immer bemüht, nur ganz besonders tüchtige und befähigte Frauen für die Parlamente vorzuschlagen, die Herren erheben stets die gleiche Forderung — aber nur für die Frauen; selten legen sie diesen strengen Maßstab für sich selbst an. Es wäre wirklich wünschenswert, wenn der männliche Teil des zukünftigen Reichstages nur aus den allerbesten Köpfen des deutschen Volkes bestünde; denn es harren seiner große und schwere Aufgaben: Deutschland heraus zu führen aus dem Sumpf und wieder auf gutes Land zu bringen. Der alte Staat soll zusammengebrochen sein, die Republik hat uns noch keinen Führer gebracht, die Sozialdemokratie war auch ein Teil des alten Staates und hat sich noch nicht gewandelt, sie ist noch immer negativ und destruktiv und sollte positive und konstruktive Arbeit leisten. Daß sie das nicht kann, hat sie in der Nationalversammlung bewiesen; sie wird sich ändern müssen, oder sie wird nicht mehr sein können. Deutschland muß bestehen, Parteien können vergehen. Die Nationalversammlung hat zu sehr den Parteien gedient; der neue Reichstag muß mehr Deutschland dienen.

Unsere Reichstags-Kandidaten

Dr. Julius Curtius, Heidelberg
Carl Eckhard, Mannheim
Dr. Marie Bernays, Mannheim

Sprechen Donnerstag, 3. Juni, abends 8 Uhr im Musensaal

Eintritt nur gegen Karten, die in der Geschäftsstelle C-3, 21/22 erhältlich sind.

Deutsche liberale Volkspartei. 6704

National-Theater.

Mittwoch, den 3. Juni 1920.

45. Vorstellung in Serie, Abteil. A (für II. Parterre A 40)

Palestrina

Anfang 8 Uhr. Hohe Preise. Ende 10 1/2 Uhr.

Künstlertheater „Apollo“

Heute u. folgende Tage, abendlich 7 1/2 Uhr:

„Ihre Hoheit die Tänzerin“

Friedrichs-Park.

Mittwoch, 2. Juni und Donnerstag, 3. Juni

Nachmittag- u. Abend-Konzerte

Kapelle Petermann.

Leitung: Kapellmeister Becker. 180

Bier-Kabarett „Wilder Mann“.

Ab heute vollständig neues Programm. Auftreten nur erstklassiger Künstler.

Kabarett Rumpelmayer.

Gastspiel

Max Grünberg

vom Nationaltheater, Chamouier.

Else Saldern

Vortragstar u. die übrige Attraktion.

Donnerstag, den 3. Juni 1920 5/3

4 und 8 Uhr Vorstellung

Neu eröffnet!

Sommer-Restaurant

„Zum Birkenhäuschen“

Waldpark-Stefanienpromenade

Angenehmer Aufenthalt!

Gepflegte Weine u. Biere.

H. Bohnen-Kaffee. *0000

Mannheimer Schützenkapelle

*0016 Frohnleichnamstag.

Mittags-Konzert:

Waldpark-Restaurant

Abend-Konzert:

Café-Rest. Rennwiesen

Klub der Damen-Friseure und Friseurinnen Mannheims.

Einladung!

Obengenannter Klub veranstaltet am Freitag, den 4. Juni im Liedertafelsaal, K 2, 20, abends 8 Uhr, eine

Modeschau in mod. Frisuren mit anschließendem

Konzert, Gesangsvorträgen u. Ball

wozu ergebenst einladet *6231

Der Vorstand.

Tanzlehr-Institut A. NEU.

Beginn am Dienstag, den 8. Juni, abends

8 Uhr, im Saale zur Bäckerei, S 6, 48

einen neuen Tanz-Kursus

für Anfänger und Fortgeschrittene. Liste zur

vorh. Anm. liegt im obigen Lokale, sowie

Riedfeldstr. 38 auf. — Beste Referenzen. *6173

Dach-Reparaturen

aller Art, einschl. Spenglerarbeiten werden

prompt, fachgemäß und billigst ausgeführt

Schnepf & Co.

Luisenring 25 Mannheim Teleph. 7971

PREIS 1 MARK 1. Juni 1920

KLEINES KURSBUCH

FÜR

MANNHEIM-LUDWIGSHAFEN-HEIDELBERG-WEINHEIM

DRUCK UND VERLAG DER DRUCKEREI DR. HAAS G. M. B. H. MANNHEIM

Die neue Ausgabe

gültig vom 1. Juni ab

Preis 1 Mark

ist käuflich

in allen Buch- und Papier-Handlungen, bei den Zeitungsträgerinnen des General-Anzeigers, in unserer Geschäftsstelle E 6, 2, in den Zweigstellen:

Lindenhof, Gontardstraße 4

Schweizingervorstadt, Keplersstraße 43

Neckarstadt, Waldhofstraße 6

und im Verkehrs-Verein, Rathausbogen 47-48

Verlag Druckerei Dr. Haas G. m. b. H.

Mannheimer General-Anzeiger



Harry Piel

Das fünfte Abenteuer

Das Geheimnis

des Zirkus Barre

ist endlich fertiggestellt

größte bis jetzt gezeigte Sensation

Erst-Aufführung Freitag, den 4. Juni

nur im 6762

Walhalla-Theater

Telephon 7374 Seckenheimerstr. 11

Bekanntmachung.

Infolge fortwährender Steigerung aller Produkte sehen wir uns veranlaßt, abernals eine Erhöhung unserer Bedienungspreise eintreten zu lassen und wurden in einer öffentlichen Versammlung einstimmig folgende Mindestpreise festgesetzt:

- Haarschnitten 1.00 Mk.
Haarschnitten 3.00
Kinder-Haarschnitten 1.50-2.00
Frisuren 1.00
Kopfwaschen 2.00
Bartschnitten 2.00-2.50
Schnurrbart schnitten 0.50
Schnurrbart rasieren 0.50
Haarbräunen 2.00-3.00
Abonnementskarten (10 Nr.) 9.00
Haarschnitten von Samstags mittags 12 Uhr ab M. 5.00

Die vereinigten Friseur u. Perückenmacher Mannheim und Umgebung.

Geschäfts-Empfehlung.

Weiner merke Rauchbarkeit und Reinheit zur gef. Kenntnis, daß ich außer meinen Weinen und Likören ab 1. Juni auch

Zigarren u. Zigaretten

führe. Ich bitte um Ihr geschätztes Wohlwollen.

*6278

W. König, D 4, 17.

Hubaian-Tabletten

hergestellt aus den reinen Quersägen des

Hubertusbader Brunnen

der kalkreichsten Quelle Deutschlands

Schließlich in allen Apotheken u. Drogerien

Hubertusbader Brunnen-Gesellschaft m. b. H.

Hubertusbad bei Thale am Harz

Im Musensaal des Rosengartens.

Am Freitag, den 4. Juni, 8,30 Uhr abends sprechen

Geheimrat Dr. Mayer-Karlsruhe

und

Mechaniker Clement-Lahr

über:

„Die Deutschnationale Volkspartei im Wahlkampf“

Eintrittskarten sind in der Parteigeschäftsstelle L 2, 12 zu haben.

Deutschnationale Volkspartei.

Der Vorstand.

WERNER TWELE MANNHEIM E 2,1 PLANKEN E 2,1

Tel. 5913

6752

GESCHÄFTSHAUS FÜR NEUZEITLICHE RAUM-AUSSTATTUNG

Möbel, Dekorationen, Innenausbau Tapeten, Linoleum, Teppiche.

Du mußt Caligari werden!

Preisermäßigung für Damenhüte

Geschw. Schrag, N 3, 7-8

empfohlen

Damenhüte 25.- Kinderhüte 12.-

Hüte werden raschestens fashioniert.

6796

DRAGOL



Im täglichen

Gebrauch hält die

Zähne gesund, beseitigt

üblen Mundgeruch und schützt

Mund und Rachen vor In-

fectionskrankheiten. — Er-

hältlich in einschlägigen

Geschäften.

Dragol-

Gesellschaft

Goetze & Co.,

Dresden-A.

Süddeutsche Weinzentrale

und Verbandsgenossenschaft deutscher Gastwirte

E. G. m. b. H.

Gegründet v. bad. u. württemberg. Gastwirteverband

Freiburg-Stuttgart-Ulm a. D.

B 6, 5 Mannheim B 6, 5

liefert

Weiß- u. Rotweine

in Fass und Flaschen.

Ueber 4000 Mitglieder. — Eigene Mitglieder-Bank-

und Sparkasse. — Eigene Druckerei. — Eigene

Genossenschaftszeitung. — Bisher 6% Dividende.

3% Umsatz-Rabatt.

Fernspr. Mannheim: 5364. Drahtadr.: Weinzentrale.

Platz-Vertreter gesucht!

Damen- und Herren-Hüte

werden in moderne Wiener und Berliner Formen

wie neu

umgepreßt und umgenäht

R. Heitzler, U 2, 3 am Schulhauspl.

Prüf. wüchsiges Spiel

an junge Damen zum

Tennisspiel

erz. mit Club-Mitgl.

Gef. Suchr. um. A. 1. 70

an d. Geschäftsstelle.